Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

219 (19.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 219 — **Montag, den 19. September 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Reichstagswahl soll nach einem Beschluß des Reichskabinetts am 6. November stattfinden.

•

Reichsarbeitsminister Schaeffer sprach in Düsseldorf auf dem Kongreß der Christlichen Gewerkschaften.

•

Am Dienstag findet in Berlin eine Länderkonferenz der Finanzminister statt.

•

In Leipzig fand die Hundertjahrfeier des Gustav Adolf-Vereins statt.

•

Herriot hat im Auswärtigen Senatsausschuß gegenüber der deutschen Gleichberechtigungsforderung ein Nein ausgesprochen.

*

Die amtliche englische Stellungnahme zur deutschen Gleichberechtigungsforderung ist am Sonntag nachmittag in London veröffentlicht und amtlich in Berlin überreicht worden. Die Mitteilung lehnt die deutsche Forderung schroff ab und stellt fest, daß das Ziel sich nicht durch eine scharfe Herausforderung oder durch Nichtteilnahme an der Abrüstungskonferenz, sondern nur durch geduldige Verhandlungen im Verlaufe einer Konferenz erreichen lasse.

*

In Berliner politischen Kreisen ist man über die ablehnende Haltung Englands überrascht und meint, daß England in irgendeiner Form die Abrüstungskonferenz retten möchte und versuchen will, Deutschlands weitere Teilnahme zu erzwingen. — Die Londoner Sonntagspresse stellt sich in scharfen Gegensatz zur englischen Erklärung und bezeichnet die deutsche Forderung als unabweisbar.

Reichstagswahl am 6. November

Berlin, 18. Sept. Das Reichskabinett beschloß am Samstag, dem Herrn Reichspräsidenten den 6. November 1932 als Termin der Neuwahlen zum Deutschen Reichstag vorzuschlagen. Das Kabinett setzte die Beratungen über die Wirtschaftsfragen fort und wird sie in einer Sitzung am Montag weiter führen.

Der 6. November ist der letzte Sonntag innerhalb der von der Reichsverfassung vorgeschriebenen 60 Tage Frist. Daß das Kabinett diesen Tag gewählt hat, hat seine guten Gründe. Bis zum 6 November wird sich das Wirtschaftsprogramm schon einigermaßen ausgewirkt haben. Der deutsche Wähler wird dann bereits erkennen, ob die Reichregierung gut daran getan hat, den Reichstag nach Hause zu schicken, der noch nach seiner Auflösung die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September beschlossen hat. Diese Verordnung bildet aber die Grundlage unseres wirtschaftlichen Wiederaufstieges. Auch die Regierung Papen war verpflichtet, alle erdenklichen Anstrengungen zu machen, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Sie hat das gigantische Werk in Angriff genommen, ist aber darin durch die Parteien gestört worden. Sie wollen jetzt im Ueberwachungsausschuß den Kampf gegen die Regierung Papen fortsetzen, wobei aber einige Parteien schon nicht mehr mit ganzem Herzen bei der Sache sind. Am Donnerstag, den 22. September, wird der Ausschuß wieder zusammentreten. Er wird sich erneut mit den Vorgängen des 12. September beschäftigen. Ob es bereits an diesem Tage zu der geplanten „Zeugenvernehmung" kommen wird, erscheint uns fraglich. Daß die Reichsregierung weder ihren Ministern noch ihren Beamten gestatten wird, vor dem Ausschuß zu erscheinen, so lange Herr Göring nicht den Rückzug antritt, hat sie bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht. An dieser Haltung hat sich nichts geändert.

Am Dienstag Länderkonferenz

Berlin, 18 Sept. Die Reichsregierung hat die Finanzminister der Länder für Dienstag zu einer Konferenz nach Berlin geladen. In dieser Besprechung wird sie sich mit den Finanzministern über die **Durchführung des Wirtschaftsprogramms** unterhalten. Sie wird vor allem die Beschlüsse des Kabinetts, wie sie am Samstag zustande gekommen sind, zur Debatte stellen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Maßnahmen für **Kreditförderung**, und um die **Zinshilfe für die Landwirtschaft.** Auch die Ausgabe der **Steueranrechnungsscheine** wird ebenso wie die Not der Gemeinden eine Rolle spielen. Noch interessanter ist aber, daß der bayerische Staatsrat Schaeffer, der in der bayerischen Volkspartei eine maßgebende Rolle spielt, in seiner Eigenschaft als bayerischer Staatsrat und Leiter des Finanzministeriums nach Berlin kommt. Er wird schon am Montag hier sein, um offenbar politische Gespräche mit dem Zentrum und dem Kanzler zu führen. Die Besprechungen mit den bayerischen Vertretern werden also einen neuen Abschnitt in der innerpolitischen Entwicklung einleiten, zumal längst bekannt ist, daß die Bayerische Volkspartei im Gegensatz zum Zentrum durchaus nicht alles das billigt, was sich im Reichstag abgespielt hat. Als Auftakt für die Berliner Reise der Herren Held und Schaeffer ist übrigens eine Entschließung der Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei zu werten. Diese Entschließung läßt den Eindruck gewinnen, daß sich die Bayern durchaus nicht auf eine starke Opposition gegen Papen festlegen wollen.

Zur Reichsreform

Ein bayerisches Blatt, die „Nürnberger Zeitung" hat am Freitag unter der Ueberschrift: **„Versöhnung mit der Reichspolitik"** Mitteilungen veröffentlicht, die einiges Aufsehen machten Es heißt da:

Die Politik der bayerischen Regierung gegenüber dem Reich scheint vor einer **entscheidenden Kursänderung** zu stehen. Unsere Münchener Redaktion hat besondere Erkundungen eingeholt, die diesen Wechsel in dem Verhältnis Bayerns zum Reich andeuten. Die Reichsregierung soll nämlich eine bereits sehr weitgehende Fühlungnahme mit der bayerischen Regierung durch Herrn von Lersner hergestellt haben. Man will Bayern für die kommende **Reichsreform weitgehende Eventualbürgschaften für die Erhaltung seiner Selbständigkeit anbieten, insbesondere soll es aber seine finanzielle Unabhängigkeit vom Reich erhalten durch entsprechende Aenderung des Finanzausgleichs.** Die bayerische Regierung selbst hat zu diesen Dingen noch keine Stellung genommen. Es ist aber anzunehmen, daß sie sich jetzt äußern wird. Entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsregierung, die kommende Reichsreform nach einem Hugenbergschen Plan durchzuführen, der die preußische und Reichsregierung zwar in einer Hand vereinigen sollte, aber die preußische Verwaltung bestehen ließ, hat sich die Regierung Papen nunmehr entschlossen, nach eigenen Gedanken noch einen Schritt weiter zu gehen und auch **die preußische Verwaltung mit der Reichsverwaltung völlig zu vereinigen. Die preußischen Provinzen werden Reichsländer werden mit stark dezentralisierten Befugnissen und Aufgaben ihrer Verwaltung. Die „Länder alter Ordnung", Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, dagegen werden in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben.** Sie sollen sogar eine verstärkte Daseinsgewähr erhalten, indem man ihnen wesentliche Teile ihre früheren finanziellen Selbständigkeit zurückgibt. Einzelheiten sind in diesen Punkten allerdings noch nicht festgelegt. Wenngleich angenommen werden kann, daß der neue Vertrauensmann der Reichsregierundg in den Ländern, Freiherr von Lersner, bereits vollständige Vorschläge nach klaren Plänen gemacht hat.

•

Die Pläne zur Reichsreform

Berlin, 17. Sept. Reichskanzler von Papen wird in zwei bis drei Wochen nach Süddeutschland reisen. Es ist in Aussicht genommen, daß er in München vor den bayerischen Industriellen über die wirtschaftlichen und politischen Absichten der Reichsregierung spricht. Man darf wohl annehmen, daß Herr von Papen bei dieser Gelegenheit auch die **Verwaltungs- und Reichsreformpläne** erörtern wird, die vor einigen Tagen das Kabinett beschäftigt haben. In Ergänzung unserer Mitteilungen über die geplante Verwaltungsvereinfachung zwischen Reich und Preußen, die mindestens in verschiedenen Ressorts auf eine taktische Personalunion zwischen Reich und Preußen hinauslaufen wird, hören wir, daß auch in den **Beziehungen zwischen dem Reich und den übrigen Ländern Veränderungen eintreten sollen,** durch die vor allem eine stärkere **finanzielle Selbständigkeit der übrigen Länder** herbeigeführt werden soll. Daß sich das lediglich durch eine Aenderung des Finanzausgleiches erzielen lassen soll, von der in den letzten Tagen vielfach gesprochen wurde, halten wir für unwahrscheinlich. Man müßte dann schon zu einer grundlegenden Neuaufteilung der Steuerkompetenzen gelangen.

•

Aussprache des Reichskanzlers mit der Bayerischen Volkspartei

Berlin, 17 Sept. Der „DAZ" zufolge ist der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, tSaatsrat Schäffer, für Montag nach Berlin zu einer Besprechung mit Reichskazler von Papen eingeladen worden. Kurz danach wird der bayerische Ministerpräsident Held ebenfalls zu einer Aussprache erwartet. In beiden Fällen soll es sich weniger um die grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern drehen, als um die aktuellen politischen Fragen des gegenwärtigen Wahlkampfes, darunter um die Pläne zur Herstellung einer Regierungsfront für die Wahlen.

•

Bayernreisen von Mitgliedern der Reichsregierung

Berlin, 17. Sept. Reichsernährungsminister von Braun wird am 26. September auf einer Bayerntagung in München sprechen. Anfang Oktober folgt dan die Reise des Kanzlers, der auf der Tagung der Bayerischen Industriellen eine Rede halten wird. Außerdem wird der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl eine Informationsreise durch die bayerischen Ostgebiete machen.

Bayerische Industrie für Papenprogramm

München, 17. Sept Das Präsidium des bayerischen Industriellenverbandes tritt mit einer Erklärung zur Notverordnung des Kabinetts von Papen vor die Oeffentlichkeit, in der es unter anderem heißt: Die letzten Notverordnungen zeigen neue Wege zur Schaffung von Arbeit und Brot für das Heer der Arbeitslosen. Endlich ist von der geistlosen Wiederholung fortgesetzter Lastensteigerung Abstand genommen worden. Der Erlaß der Notverordnungen fällt in einen Zeitpunkt, in welchem Anzeichen einer Besserung der Weltwirtschaftslage erkennbar sind. Unter Verzicht auf eine Kritik der letzten politischen Ereignisse steht das Präsidium des bayerischen Industriellenverbandes auf dem Standpunkt, **daß alle Glieder der Wirtschaft der Regierung auf dem vorgezeichneten Wege folgen müssen,** um der deutschen Not zu steuern. Schaffung von Arbeit und Brot ist zur Stunde unendlich wichtiger, als politische Kämpfe um die Staatsführung

Reichsregierung und Präsidialpartei

Berlin, 18. Sept. Zu dem Aufruf einer sogenannten Deutschen Präsidialpartei, der in Berlin an den Anschlagsäulen erschienen ist, und in dem zur Bildung einer besonderen Deutschen Präsidialpartei zur Unterstützung der Politik Hindenburgs und des Präsidialkabinetts aufgefordert wird, wird von zuständiger Seite erklärt, daß amtliche Stellen sowohl der Sache wie auch dem unterzeichneten Personenkreis völlig fernstehen. Offenbar handelt es sich bei der Bezugnahme auf das Präsidialkabinett um einen Trick, Mitglieder zu fangen.

Preußischer Landtag am Mittwoch

Berlin, 18 Sept. Der Preußische Landtag ist nunmehr endgültig für Mittwoch, den 21. September, einberufen worden. Unmittelbar vorher tritt der Aeltestenrat noch einmal zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Landtagssitzung stehen die zweite und dritte Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Vorverlegung der preußischen Gemeindewahlen. Ferner will der Landtag die vor Monaten unterbrochene gemeinsame Beratung über zahlreiche Anträge zu Bergwerksfragen fortsetzen. Außerdem ist jetzt noch die Notverordnung über die Feststellung des preußischen Haushaltsplans für 1932 auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Zugzusammenstoß auf der Zugspitze

Garmisch, 18. Sept. Samstag abend gegen 18 Uhr sind bei der Station Kreuzeckbahn der bayerischen Zugspitzbahn ein talwärts und ein bergwärts fahrender Zug aus bisher unbekannter Ursache zusammengestoßen. Ins Krankenhaus in Garmisch sind sieben schwerer Verletzte eingeliefert worden, und zwar drei Lokomotivführer und ein Schaffner, sämtlich aus Grainau, drei Reisende, drei Damen aus Rappenau bei Weimar, Erfurt und Breslau. 15 Reisende mit leichteren Verletzungen wurden im Krankenhaus verbunden, worauf sie wieder entlassen werden konnten.

Der Zusammenstoß bei der Station Kreuzeckbahn hat sich durch Ueberfahren der Kreuzung ereignet. Der talwärts fahrende Zug hatte nicht angehalten. Der Führer hatte bereits 50 Meter vor dem Zusammenstoß stark abgebremst, so daß der Zusammenstoß weniger heftig war. Der Sachschaden ist nicht bedeutend; es wurden nur die beiden Plattformen der Züge stark beschädigt und die Fensterscheiben zertrümmert. Insgesamt erlitten etwa 25 Personen Verletzungen durch Hautabschürfungen und Glassplitter. Am schwersten verletzt ist der Lokomotivführer Häbbel. Die anderen sechs im Krankenhaus zu Garmisch befindlichen Personen dürften in den nächsten Tagen wieder entlassen werden können. Der Betrieb der Zugspitzbahn wird voll aufrecht erhalten Am Sonntagfrüh wurde bereits wieder der erste Zug abgefertigt.

Flieger Ernst Udet verschollen?

Berlin, 18. Sept. Nach einem Kabeltelegramm aus Godhavn hat die Universal-Fanck-Filmexpedition seit drei Tagen von dem Flieger Ernst **Udet keine Nachricht mehr.** Dr. Fanck, der Leiter der Expedition meldet seine äußerste Besorgnis über das Schicksal Udets, da sich an der 2500 Kilometer langen Grönlandküste bis Angmagsalik keinerlei Ansiedlungen befinden, wo Udet für seine kleine Maschine Benzin bekommen könnte. Wie erinnerlich, wurde Udet auf die Nachricht hin, daß die fliegende Familie Hutchinson verschollen sei, beauftragt, unverzüglich sich auf die Suche nach dem vermißten Flugzeug zu begeben. Udet antwortete, daß er den Auftrag sofort ausführen würde

Ernst Udet, der hervorragende deutsche Kunstflieger.

Südwestafrika braucht deutsche Siedler

Johannisburg, 17 Sept. Der südafrikanische Ministerpräsident General Hertzog hatte eine Unterredung mit dem Gründer der Afrikanisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft, Werner Schmidt-Pretoria. General Hertzog erklärte, das Schicksal Südwestafrikas werde sich bei der demnächst stattfindenden Abstimmung entscheiden. Möge das Abstimmungsergebnis ausfallen wie es wolle, er, Hertzog, werde immer den Standpunkt vertreten, **daß das frühere deutsche Schutzgebiet nur dann wieder zu wirtschaftlicher Blüte kommen könne, wenn es — die Besserung der allgemeinen wrtschaftlichen Lage vorausgesetzt — von deutschen Siedlern und Bauern bevölkert werde.**

Um Deutschlands Gleichberechtigung

Die englische Stellungnahme amtlich in Berlin überreicht

T.U. **Berlin,** 19. Sept. Die amtl. engl. Stellungnahme zur deutschen Gleichberechtigungsforderung, die am Sonntag nachmittag in London veröffentlicht wurde, wurde gleichzeitig in Berlin durch den englischen Botschafter dem Reichsaußenminister überreicht.

Eine amtl. Stellungnahme der Berliner zuständigen Stellen liegt noch nicht vor; doch ist man in politischen Kreisen über die schroff ablehnende Haltung einigermaßen überrascht. Der wesentliche Zweck der Note scheint zu sein, daß England in irgendeiner Form die Abrüstungskonferenz retten möchte und daß es versuchen will, Deutschlands weitere Teilnahme zu erzwingen. Denn jedes Abkommen, das eventuell auf der Abrüstungskonferenz getroffen werden könnte, wäre ohne Deutschlands Unterschrift wertlos. Unbedingt abgelehnt wird aber der englische Standpunkt, daß jeder Rüstungsausgleich für den Fall, daß keine tatsächliche Abrüstung erfolgt, unzulässig ist.

*

Eine amtliche englische Mitteilung zur deutschen Gleichberechtigungsforderung

T.U. **London,** 18. Sept. Die englische Regierung hat eine längere Mitteilung veröffentlicht, in der sie nach einer Versicherung über ihre Bemühungen zur Förderung der Abrüstung und der Wiederherstellung der Wirtschaft ihre Beobachtungen zu dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung bekanntgibt. Im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz, auf die großen Zugeständnisse in der Reparationsfrage und auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnisse betrachtet sie es als unglücklich, ungelegen und unklug, daß Deutschland seine Forderung jetzt erhoben hat, und erblickt darin erhebliche Nachteile. Rechtlich sei die Lage so, daß der Teil V des Versailler Vertrages noch verbindlich sei und seine Wirkung nur durch allgemeine Uebereinkunft verlieren könne. Deutschland sei nicht berechtigt, daß durch das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen einer Abrüstungskonvention der Teil V des Versailler Vertrages hinfällig werde, weil die anderen Mächte ihr Versprechen nicht erfüllt hätten. Es sei auch keineswegs gesagt, daß die Art, wie die deutsche Abrüstung vollzogen sei, auch unbedingt auf die anderen Unterzeichnermächte Anwendung finden müßte. England sei aber der Ansicht, daß der deutsche Anspruch sich nicht aus juristischen Ableitungen aus dem Friedensvertrag ergebe, sondern vielmehr eine Aufforderung zur Berichtigung der Rüstungen sei, weil die deutsche Abrüstung der Vorläufer für die Abrüstungen der anderen sein sollte. England habe schon sehr weitgehend abgerüstet. Die englische Regierung macht dann folgenden Vorschlag: Sie erblicke die Aufgabe der Abrüstungskonferenz darin, den Rahmen einer Abrüstungsvereinbarung gestützt auf den Grundsatz zu schaffen, daß jeder Staat für sich in Uebereinkunft mit anderen eine Begrenzung auf sich nimmt, die er sich selbst auferlegt und freiwillig übernimmt und zwar als ein Teil der gegenseitigen Verpflichtungen von einem Unterzeichnungsstaate dem andern gegenüber. Als Ergebnis der Vereinbarung wird es daher keinen Unterschied im „status" geben. Die Rüstungen eines Jeden werden durch dieselbe Methode überwacht werden. Die Begrenzungen, die bereits durch die bestehenden Verträge — wie die Friedensverträge und die Flottenverträge von Washington und London — bestehen, werden, soweit sie nicht durch gegenseitige Uebereinstimmung abgeändert werden, in der freiwilligen und allumfassenden Uebereinkunft wieder erscheinen, über die zu verhandeln man sich jetzt gerade anschickt. Dieses letztgenannte Dokument wird es dann sein, das eine wirksame Verknüpfung für alle ist. Diese Auffassung von der Art und dem Zwecke der Abrüstungskonferenz gibt nach Ansicht der englischen Regierung die Antwort auf die Frage des „status", die in der Mitteilung der deutschen Regierung vom 29. August aufgeworfen worden ist. Die Note schließt damit, daß das Ziel sich nicht durch eine scharfe Herausforderung oder durch Nichtteilnahme an der Abrüstungskonferenz, sondern nur durch geduldige Verhandlungen im Verlauf einer Konferenz erreichen läßt.

*

Lloyd George fordert gleiches Recht für Deutschland

T.U. **Berlin,** 18. Sept. **Der Berliner „Börsen-Courier" veröffentlicht in seiner Sonntagsausgabe einen längeren Artikel von Lloyd George, der bekanntlich an dem Zustandekommen des Versailler Vertrages maßgeblich beteiligt war. In diesem Artikel fordert der ehemalige englische Ministerpräsidenten gleiches Recht für Deutschland. Nachdem Lloyd George einleitend die vier Männer, nämlich Clemenceau, Wilson, Orlando und sich selbst aufzählt, die in erster Linie für die Abfassung des Vertrages von Versailles verantwortlich sind, fährt er fort: ich nehme keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen die Treue in der Abrüstungsfrage gebrochen haben. Die Staatsmänner Deutschlands haben 13 Jahre hindurch einen Grad von Geduld, von Nachsicht und Zurückhaltung gezeigt, die des großen Volkes wert ist, daß sie vertraten. Eine einfache Aufzählung der Elementartatsache des europäischen Rüstungsstandes führt zu einer vollständigen Rechtfertigung der deutschen Haltung. Bei der Begründung seines Standpunkt führt dann Lloyd George noch nicht veröffentlichte Zahlen über die Rüstungsstärke Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei an.**

*

Die Londoner Sonntagspresse im scharfen Gegensatz zur amtlichen englischen Erklärung.

T.U. **London,** 18. Sept. Die amtliche englische Erklärung zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung steht im schärfsten Gegensatz zu den Erklärungen der Londoner Sonntagspresse, die von der amtlichen Verlautbarung noch keine Kenntnis hat. Ohne Unterschied der Parteirichtung wird erklärt, daß Deutschlands Forderung unabweisbar sei und daher zum mindesten grundsätzlich anerkannt werden müsse, daß England seine im Versailler Vertrag abgegebenen Versprechungen einhalten und in diesem Sinne eine von der französischen Politik unabhängige positive Führung auf der Abrüstungskonferenz ergreifen müsse. — Im „Observer" wird erklärt, daß es gar keinen Zweifel über die öffentliche Meinung Englands gegenüber der deutschen Forderung gebe. Die englische Meinung sei klar, gerade und eindeutig: England müsse seine Versprechungen gegenüber Deutschland genau so einhalten, wie es sie seinerzeit gegenüber Belgien eingehalten habe. Die englische Regierung würde ihrem eigenen Namen Schande machen und den ganzen Ruf und den Einfluß Englands untergraben, wenn sie nicht mit derselben Betonung ausdrücken würde, was die Meinung des Volkes ist. — „Sunday Times" erklärt, man könne nicht behaupten, daß Deutschlands Forderung nach 13-jährigem Warten verfrüht oder unangebracht sei. Es habe alles Recht, seinen Platz unter den Nationen wieder einzunehmen. — „People" erklärt, die deutsche Behauptung, die Alliierten hätten ihre Versprechungen gebrochen, bestehe vollkommen zu Recht. England müsse unbedingt von der französischen Politik Abstand nehmen. Die englische Regierung müsse klar und fest betonen, daß sie die Politik Frankreichs, die die Unterwerfung Deutschlands zum Ziele habe, nicht mehr länger unterstütze.

*

Keine Beantwortung der englischen Denkschrift.

T.U. **Berlin,** 19. Sept. Von den wenigen Berliner Montagmorgenblättern nimmt nur der „Montag" ausführlich zu der englischen Denkschrift Stellung. Er betont, daß ein Kompromiß auf der in der englischen Note angedeuteten Grundlage für Deutschland unannehmbar sei. Die „Montagspost" erfährt aus Regierungskreisen, es sei kaum zu übersehen, wie die englischen Gedankengänge und Vorschläge zu einer Verständigung führen könnten, da die englische Denkschrift mit der Forderung nach unabänderlicher Erhaltung der bestehenden Verträge an dem Grundsatz des doppelten internationalen Rechts festhalte. Eine Diskussionsgrundlage stelle die englische Note nicht dar und ihre starke Anlehnung an die französische Rechtsauffassung sei kaum geeignet, die deutsche Politik von dem in den letzten amtlichen Erklärungen verfolgten Wege abzubringen. Infolgedessen werde die englische Denkschrift von der deutschen Regierung nicht beantwortet werden.

Herriots Nein!

zur deutschen Gleichberechtigungsforderung

Paris, 18. Sept. Ueber die Erklärungen, die Ministerpräsident Herriot vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten abgegeben hat, berichtet die Agentur Havas:

Herriot habe den historischen Verlauf der **Abrüstungsverhandlungen** geschildert und dabei die Haltung der französischen Delegation unterstrichen, die alles getan habe, um ein Scheitern der Konferenz zu verhindern. Dank seiner und seiner Mitarbeiter Bemühungen habe die Konferenz gerettet und der von anderen Delegationen angestrebte Abbruch vermieden werden können. Herriot habe betont, daß sich Frankreich im besten Einvernehmen mit der Washingtoner Regierung befinde. Was die Frage der **Rüstungsgleichberechtigung** und den hierauf bezüglichen **deutschen Schritt** anlange, so habe Herriot an seine Haltung erinnert und eindeutig zum Ausdruck gebracht, die sich in die Worte zusammenfassen ließe: **„Nein! Niemals! Nichts! Unmöglich!" Er sei der Mann des Völkerbundspaktes und des Versailler Vertrages geblieben und würde sich niemals auf Verhandlungen einlassen, die über die Rahmen hinausgingen.** Er würde auch nicht zulassen, daß einige Mächte sich als Mandatare der kleinen Nationen ansehen könnten. Sobald man in Genf Fragen, die die kleinen Mächte angingen, behandele, müßten diese kleinen Mächte selbstverständlich zu den Beratungen hinzugezogen werden.

*

Botschafter Tyrrell überreicht Herriot den Wortlaut der britischen Stellungnahme.

T.U. **Paris,** 17. Sept. Am Samstag abend empfing Herriot den britischen Botschafter Tyrrell, der ihm den Wortlaut der britischen Stellungnahme in der Frage der deutschen Gleichberechtigung mitteilte, der Sonntag veröffentlicht werden soll. Herriot sprach dann längere Zeit mit dem Kriegsminister Paul Boncour. Er wird am Dienstag nach Genf abreisen.

Die englische Denkschrift auch im Rom überreicht.

T.U. **Rom,** 18. Sept. Der englische Botschafter hat der italienischen Regierung am Sonntag die Denkschrift der englichen Regierung zur deutschen Gleichberechtigungsforderung überreicht.

Der Botschafterwechsel in Paris

Hösch verabschiedet sich — Dr. Köster Nachfolger

Paris, 18. Sept. Botschafter von Hösch empfing Samstag nachmittag die Pariser Vertreter der deutschen Presse, denen er mitteilte, daß seine Ernennung zum Botschafter in London offiziell erfolgt und daß zu seinem Nachfolger in Paris Ministerialdirektor Köster, Personalchef im Auswärtigen Amt, bestimmt worden sei. Botschafter von Hösch begibt sich bis Mitte Oktober zu einem Erholungsaufenthalt nach Deutschland. Bei seiner Rückkehr wird er in Paris sein Abberufungsschreiben überreichen. Bei dem Presseempfang warf der Botschafter einen kurzen Rückblick auf seine Tätigkeit und führte auch mit einigen Worten seinen Nachfolger bei der Presse ein. Der Besuch, den der Botschafter Herriot abgestattet hatte, hatte in erster Linie den Zweck, den französischen Ministerpräsidenten über die offizielle Ernennung auf den Londoner Botschafterposten zu informieren.

Das französische Rentengesetz angenommen

Paris, 18. Sept. Samstag früh kurz vor fünf Uhr hat die Kammer mit 540 gegen 48 Stimmen die Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung mit einigen unwesentlichen Abänderungen mehr formaler Natur verabschiedet.

Der Senat hat die Regierungsvorlage über die Konvertierung der Renten unverändert in der von der Kammer angenommenen Fassung verabschiedet, und zwar mit 291 gegen 9 Stimmen, sodaß die nochmalige Verweisung an die Kammer überflüssig wird. Durch Dekret ist die kurze Parlamentstagung bereits geschlossen worden. Das Parlament geht aufs neue in die Ferien und wird Anfang November wieder zusammentreten.

Reichsaußenminister v. Neurath hat Berlin verlassen

T.U. **Berlin,** 19. Sept. Reichsaußenminister von Neurath hat, wie der „Montag" erfährt, bereits am Sonntag Berlin verlassen. Er wird auf einem Umwege nach Genf fahren, um an den Verhandlungen der Vollversammlung des Völkerbundes, nicht aber an den Verhandlungen des Büros der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

20)

Vidor strich ihr eine widerspenstige, dunkle Locke aus der Stirn, anerkannte: „Du bist nicht nur ein gutes, sondern auch ein kluges Mädel!"

Sie waren so intensiv mit sich selbst beschäftigt, daß sie nicht merkten, wie schräg von der Alm herauf ein Wanderer auf die Hütte zupilgerte.

Kerkhoff hatte es einfach nicht mehr ausgehalten in seinem stillen Haus am See zu Feldwies. Flüchtig hatte er den Gedanken erwogen, nach München in seine Winterwohnung zurückzukehren. Doch der Ausführung dieser Idee standen die Berge im Wege. Die waren zu nahe und lockten den Naturfreund mit ihren blaßblauen Konturen, verhießen ungeahnte Schönheiten und herrlich stille Stunden. Nein, es zog ihn nichts, aber auch gar nichts nach der Stadt. Und so hatte er sich kurzerhand auf den Weg ins Kaisergebirge gemacht. Ueber Kössen, Griesenau und dann noch ein Stück im Kaiserbachtal aufwärts führte sein Weg.

Er ging ihn mit den offenen, begeisterten Augen des Naturfreundes. All die Schönheiten dieses Fleckchens Erde nahmen ihn immer wieder gefangen, so oft er sich ihnen auch näherte. Und doch war sein ruheloser Geist heute mehr denn je an die jüngsten Ereignisse gefesselt.

Da war vor allem eine beunruhigende Tatsache: Er hatte das Fehlen einer wichtigen Zeichnung seiner Erfindung bemerkt! Eine Blaupause mit allen säuberlich eingezeichneten Einzelheiten konnte er nicht mehr finden. Die halbe Nacht hatte er danach gesucht. Sie blieb verschwunden. Sollte er an einen Diebstahl glauben?

Er vermochte es nicht, weil er sich nicht denken konnte, wer als Dieb in Frage kommen sollte!

Dagegen verblaßte das andere: Toni hatte den Gasthofswirt von Marquartstein aus angerufen und ihn gebeten, ihr Gepäck zusammenzustellen und das Zimmer anderweit zu vermieten, da sie vorläufig nicht zurückzukehren gedachte. Tonis Ferienantritt kam zwar etwas plötzlich, war aber erklärlich. Die Geschäftslage machte die Sekretärin jetzt entbehrlich. Das Wetter verlockte jedem, seinen Urlaub zu nehmen. Wer ins Hochgebirge will, ist ja mehr oder weniger auf die Saison angewiesen.

In Wirklichkeit aber war ausschlaggebend für diese Gebirgswanderung Kerkhoffs die Hoffnung, Ursula Josephy wiederzusehen. Sie wollte ins Kaisergebirge, Aufnahmen machen, ergo — —

Kerkhoff pfiff leise vor sich hin. Müßte doch komisch zugehen, wenn man das blonde Kind in Griesenau oder im Stripfensochhaus nicht zu Gesicht bekäme! So war er ganz nahe an seine Jagdhütte herangekommen.

Plötzlich stutzte er.

Stimmen!

Ein paar Schritte weiter . . . Der Herzschlag setzte ihm für eine Sekunde aus: Vidor hier oben — — und in seinen Armen — Toni!

Widerstreitende Gefühle stürmten auf ihn ein. Er sah die Tür zur Hütte offen. Nun wurde ihm manches klar. Und langsam bekam eine stille Heiterkeit die Oberhand. Schöne Seelen finden sich . . . Verrat auf allen Seiten! Nun schwamm auch Toni schon im Fahrwasser Vidors. Mochte der Deubel wissen, wie die beiden den Weg zueinander gefunden hatten!

Hinter einem ungeheuren Trümmerblock verborgen, kam Kerkhoff ein toller Einfall, den er gleich in die Tat umsetzte: Er zückte die kleine Taschenkamera und knipste die elementare, unbekümmerte Zärtlichkeit der beiden Verliebten. Aber anstatt nun vorzutreten und zu offenbaren „Sie wurden soeben gefilmt!" entwich Kerkhoff über die Alm zurück in den Wald, dessen oberste Grenze hier auslief.

Insgeheim stellte Kerkhoff fest, daß diese beiden leichtblütigen Naturen, Toni und Vidor, famos zusammenpaßten. Sie würden einander wahrscheinlich keine allzu großen Enttäuschungen bereiten . . .

Wie bei allen plötzlichen Entschlüssen ließ sich Kerkhoff auch diesmal von der Klugheit und nicht vom Impuls leiten. Was hätte es genützt, die beiden Verliebten in ihrem trauten Kopf an Kopf zu stören und zur Rede zu stellen, Vidor vielleicht gar wegen seiner Untat an der Kampenwand zur Rechenschaft zu ziehen? Wie er den Menschen kannte, leugnete er alles ab. Vor allem aber war es der Ekel, der Kerkhoff wieder von dannen trieb. Toni als Bundesgenosse Vidors! Und dabei hatte er ihr noch vor zwei Tagen einen Brief an den Konkurrenten diktiert, in dem er Vidor großmütig mitteilte, daß er die Spielschuld als erledigt betrachte.

Je weiter Kerkhoff sich von seiner Jagdhütte entfernte, umso ruhiger und abgeklärter wurde er. War doch eigentlich recht aufschlußreich, dieser Vormittag! Selbstverständlich mußte nun die Brücke zwischen ihm und Toni abgebrochen werden. Sie kam weiterhin nicht mehr als Sekretärin in Betracht. Also klare Sicht auf der ganzen Linie. Allerdings stand er nun auch isoliert. In seine Jagdhütte würde er nun sobald auch nicht mehr zurückkehren. Die war ihm gründlich verleitet. Er trug sich mit dem Gedanken, die Jagdpachtung nicht mehr zu verlängern. Mochte Vidor künftig hier oben auf Gemsen und Madels passen, wenn es ihm Spaß machte!

Erhitzt und betört vom Glück der Stunde, befreite sich Toni aus den Armen ihres stürmischen Liebhabers, sang lachend: „Auf der Alm, da gibts ka Sünd . . ."

Sie brach jäh ab. Unten am Waldrand, dort, wo der schmale Pfad in die gefährlich steile Wand einbog, sah sie einen Menschen, den sie sogleich erkannte: Eberhard Kerkhoff.

Toni Geislinger war viel zu klug, um nicht sofort zu wissen: Er war hier, hat uns belauscht und wollte nicht stören . . .

Sollte sie sich von dieser wenig angenehmen Entdeckung die gute Stimmung verderben lassen? Oho, das fehlte noch! Mit Kerkhoff war es nun ohnedies aus. Sie ließ nicht mit sich spielen. Und Vidor als Ersatz war kein schlechter Tausch!

Vidor dehnte wohlig die Arme. Das Leben bekam wieder Reiz für ihn. Solange Toni hier blieb, konnte man es selbst in dieser weltverlassenen Blockhütte zur Not ein paar Tage aushalten. Und seine Liebste war viel zu klug, um ihm Mitteilung von ihrer unangenehmen Entdeckung zu machen. Kerkhoff würde hoffentlich so anständig sein, nicht sogleich mit Gendarmen auf der Bildfläche zu erscheinen, um die ungebetenen Quartiergäste an die frische Luft befördern zu lassen!

Darüber brauchte sie sich nicht die geringste Sorge zu machen. Der rechtmäßige Besitzer des Hüttleins lachte schon wieder, als er durch die Wand kletterte.

„Wir sind Rivalen auf allen Gebieten. Und wie mir's scheint, ist Vidor der Glücklichere. Er hat alle Aussichten für sich. Er erobert im Sturm . . ."

Unglück im Spiel — Glück in der Liebe . . .

„Aber warte, Bruder Leichtfuß, den Innsbrucker Auftrag sollst du nicht erhalten! Diesmal werde ich der Beharrlichere sein und dir den fetten Brocken vor der Nase wegschnappen, und wenn ich soviel im Preise nachgeben sollte, daß für mich kein Pfennig Gewinn bleibt!" gelobte er sich.

Während Vidor hier oben mit der treulosen Toni scharmuzierte, wollte er ihm in Innsbruck das Wasser abgraben. Und da kam ihm urplötzlich ein vernichtender Einfall: Die fehlende Zeichnung — — sollte die etwa von Toni — —? War es so gänzlich ausgeschlossen, daß der Verrat hinter seinem Rücken bereits derart groteske Ausmaße angenommen hatte?

Er konnte diesem Gedanken nicht weiter nachhängen; denn soeben sah er ein schlankes, blondes Mädel um einen Felsblock biegen: Ursula Josephy.

XII.

Wenn je ein Jodler aus überquellendem Herzen kam, dann dieser Kerkhoffs! Zwei Minuten später hatten sie sich erreicht.

„Grüß Gott, Ursel!"

„Grüß Gott, Eberhard!"

Sie staunten sich an, als wären sie jeder von einem andern Stern hier gelandet. Und dabei hatten sie sich gestern erst gesehen!

„Dich habe ich in Adelholzen vermutet . . ."

„Und ich dich in deiner Feldwieser Klause!" lachte Ursula.

(Fortsetzung folgt.)